



Nicht nur gute Vorsätze – GdP Hamburg bleibt kritisch

Viele Überstunden, spürbarer Krankenstand, unbesetzte Stellen, die Herausforderungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – die Polizei hat im letzten Jahr am Limit gearbeitet. Viel Hoffnung, dass es im neuen Jahr besser wird, haben wir nicht.

Einstellungsoffensive

„Die Unterbesetzung ist gerade in der Grundlast an den Dienststellen vor Ort ein Problem“, sagt Horst Niens. „Die großen Fehlquoten auszugleichen ist ein Problem, auch wenn die Einstellungsoffensive nach wie vor gefahren wird. Es ist nicht einfach, hier geeignete Kandidaten zu finden.“ Die Abbrecherquote an der Akademie ist relativ groß. Die Polizei steht bei der Nachwuchswerbung in Konkurrenz mit anderen Arbeitgebern und den anderen Polizeien.

Familie und Beruf

„Work-Life-Balance ist mit dem Arbeitsalltag von Polizisten oft schwer zu vereinbaren“, sagt Niens. Wechselschichten und Wochenendeinsätze sind Alltag. „Gerade in der Grundlast und bei der Bereitschaftspolizei ist es schwer, freie Wochenenden zu haben, die zu begrüßende Möglichkeit der Teilzeit muss dringend durch zusätzliche Stellen ausgeglichen werden, damit die Kolleginnen und Kollegen in Vollzeit die Last nicht allein tragen müssen und die Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit nicht in ein schlechtes Licht gerückt werden.“

Nach Beurteilungsrunden erleben wir immer wieder, dass Teilzeitkräfte auf das Abstellgleis geschoben werden. Um hier Klischees nicht zu bedienen, brauchen wir Personal. Der moderne Arbeitgeber muss auch politisch gelebt werden.“

Leichter dürfte es auch im neuen Jahr für die Polizei nicht werden. Da ist zum einen der Bereich des politischen oder religiösen Extremismus. Der Rechtsextremismus, und gerade in Hamburg auch die linksextreme Szene, fordern die Polizei täglich.

Doch auch der normale Arbeitsalltag ist härter geworden. „Es gibt eine deutliche Zunahme der Gewaltbereitschaft, in der Gesellschaft allgemein, aber auch gegen Polizisten“, betont Niens.

Die Hemmschwelle, die Auseinandersetzung mit der Polizei zu suchen, ist niedriger geworden.

Hier muss mit verbesserter Schutzausrüstung reagiert werden. Die konsequente Einführung der neuen Uniform wäre hier ein folgerichtiger Schritt, damit die Kolleginnen und Kollegen jederzeit ihre Ausrüstung an der gleichen Stelle tragen. Das

kann in Stresssituationen Leben retten. Dazu gehört dann auch die konsequente Ausrüstung mit CO-Warnern, bevor wir im Hamburger Michel Abschied nehmen müssen. Auch über die Einführung des DEIG werden wir sprechen müssen. Wir brauchen eine robuste Polizei, die aus einer Situation der Stärke deeskalierend agieren kann.

Die GdP wird auch 2020 ein kritischer Begleiter sein, wir bleiben am Ball!



**„Ich kann Polizei und
Gewerkschaft.
Maschinen reparieren
kann ich nicht!
Ich erkläre dem
Mechaniker seinen Job
nicht! Warum versuchen
so viele Ahnungslose, uns
Polizei zu erklären!?“**

**Horst Niens
Landesvorsitzender der
GdP Hamburg**



**Gewerkschaft
der Polizei
Hamburg**

Der Landesvorsitzende Horst Niens findet klare Worte.

Foto: GdP



VERANSTALTUNG

Unser Weihnachtsmärchen, ein echter Dauerbrenner

Wenn es draußen wieder kälter wird, alle Zeichen auf Weihnachtszauber stehen, dann wird es Zeit, sich um die begehrten Karten für das Weihnachtsmärchen der GdP zu kümmern. Traditionell findet es seit Jahren nachmittags am 4. Advent im Ernst-Deutsch-Theater statt.

Seit 30 Jahren bietet die GdP Hamburg die Möglichkeit für ihre Mitglieder und deren Familien und Freunde, sich kurz vor Weihnachten in die Märchenwelt zu versetzen. Große Kinderaugen, gespanntes und aufgeregtes Warten, wann sich der Vorhang endlich öffnet.

Das mittlerweile berühmte „Polizeiauto“, das sich um den Transport des Weihnachtsmanns vom Flugha-

fen zum Theater kümmert und die launige Ansprache durch Uwe Koßel, der diese traditionsreiche Veranstaltung beginnt.

Es geht nicht ohne Vorbereitung

Auch hier gilt, wie überall im gut organisierten Veranstaltungsbereich: nichts geht ohne eine gute und langfristige Planung. Bereits für das kommende Jahr wurde der nächste Veranstaltungstermin gebucht und die Konditionen geklärt.

Das Organisationsteam, das Uwe bei seinen Bemühungen unterstützt und sich gemeinsam mit ihm um die

„handwerkliche“ Vorbereitung und am Tage der Veranstaltung um einen reibungslosen Ablauf kümmert, findet sich bereits im Frühjahr zusammen.

Veranstaltung

Und auch in diesem Jahr: gespanntes Warten auf ein schönes Märchen, begeisterte junge und alte Zuschauer und am Ende: der Weihnachtsmann im Märchentunnel. Und am 4. Advent heißt es wieder: auf zum Weihnachtsmärchen der GdP Hamburg

Jörn Clasen

Anzeige



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
E-Mail: joernclassen@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 42
vom 1. Januar 2020

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hamburg haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Hamburg zu bewerben und herauszubringen.
Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de.
Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de

www.vdp-polizei.de





... von Freunden empfohlen

GLÜCKSMOMENTE für Frühbucher

bis 31.03.2020 buchen & vom 01.05.-31.10.2020
verreisen



Wir freuen uns auf Sie!
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstr. 49
22297 Hamburg
Tel: 040 / 28 08 96 22
Fax: 040 / 28 08 96 27
Mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de
www.psw-hamburg.de



Kritische Betrachtung der innenpolitischen Themen der „Grünen“

In Hamburg stehen Wahlen bevor. Wir werden uns sowohl hier als auch in den anderen Medien mit den Wahlprogrammen der Parteien auseinandersetzen. Insbesondere, weil in der Presse verkündet wird, dass die innere Sicherheit bei der kommenden Wahl in Hamburg kaum eine Rolle spielt. Das sehen wir anders. Darüber hinaus wollen wir gerade an diesem Wahlprogramm die Positionen der GdP Hamburg in unserer gewerkschaftlichen und eben auch gesellschaftspolitischen Aufgabe darstellen.

Die Polizei Hamburg ist sehr erfahren und erfolgreich in der Abarbeitung verschiedenster Einsatzanlässe. Das liegt auch im sehr professionellen Agieren unserer Kolleginnen und Kollegen begründet. Wir halten den Kopf für die Entscheidungen der Politik hin.

Wenn die Regierungspartei Die Grünen nun versucht, ihre Verantwortung für den G20-Gipfel in Hamburg kleinzureden, so ist dies aus Sicht der GdP Hamburg ein Affront gegen unsere Polizei und ein durchsichtiger Versuch, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Das Gedächtnis unserer Kolleginnen und Kollegen ist nicht so vergesslich, wie es sich die Grünen wünschen.

Aus dem Wahlprogramm:

Der G20-Gipfel im Sommer 2017 hat uns alle tief erschüttert. Unsere Befürchtungen haben sich bewahrheitet und es hat sich deutlich gezeigt: Hamburg ist als Austragungsort für einen Gipfel dieser Größe nicht geeignet, denn die Ausübung von Grundrechten wie zu Beispiel dem Demonstrationsrecht muss eben auch während des Gipfels möglich sein. Kreative, friedliche Proteste, der ideenreiche Alternativgipfel und die großen Demonstrationen gegen Ausbeutung und Klimakrise wurden überschattet durch ein hohes Maß an Gewalt. Die Bürger*innen haben viele Opfer erbracht. Vielen Menschen ist während der Gipfeltage Unerträgliches zugemutet worden. Dafür bitten wir um Entschuldigung.

Dazu die GdP Hamburg:

Radikale von Links sind eine unterschätzte Gefahr für unseren Rechtsstaat. Ob die Eröffnung der EZB in Frankfurt, oder der G20-Gipfel in Hamburg, beide Ausnahmezustände haben gezeigt, wozu diese Extremisten fähig sind. 862 linksextreme Straftaten im Jahr 2007 zu 1702 Taten im Jahr 2016, wobei nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität steigt. Hierbei wird oft versucht, den Anschluss an das bürgerliche Lager zu finden.

Für die GdP ist ein versammlungsfreundliches Auftreten der Polizei eine Grundtugend der Bürgerpolizei. Wir stellen aber fest, dass organisierte Gewalttäter den Gipfel für ihre Zwecke missbraucht haben und den, aus unserer Sicht berechtigten friedlichen Protest, egalisierten. Friedlicher Protest ist nicht in Erinnerung geblieben.

Dazu die Grünen:

Die Gewalt an den Gipfeltagen verurteilen wir. Nach unserem Verständnis lebt eine liberale Demokratie von der gewaltlosen Auseinandersetzung und Durchsetzung von Interessen. Tausende Polizist*innen waren an diesen Tagen bis an die Belastungsgrenze im Einsatz für die Sicherheit der Bevölkerung. Dafür verdienen sie unseren Respekt und wir wissen, dass die an sie gestellten Herausforderungen teilweise gar nicht lösbar waren. Die Aufarbeitung der Ereignisse zeigt uns, dass auch von der Polizei Gewalt ausging. Dass keines der Ermittlungsverfahren in diesem Kontext bisher zur Erhebung einer Anklage geführt hat, schwächt das Vertrauen in die funktionierende Aufklärung und ist schwer nachvollziehbar. Die gerichtliche Aufarbeitung, die Vorwürfe gegen Beamt*innen entkräften oder bestätigen könnte, kommt bisher zu kurz. Das ist weder gut für die Polizei, noch im Sinne des Rechtsstaates.

Dazu die GdP Hamburg:

Wir sind davon überzeugt, dass die rechtsstaatliche Kontrolle der Polizei

in Hamburg funktioniert. Das zeigt sich auch darin, dass ein Großteil der Verfahren gegen Polizeibeamte nach G 20 durch die Polizei selbst initiiert wurde. Nur: Videoschnipsel eignen sich nicht für eine Strafverfolgung. Insbesondere dann nicht, wenn sich der Eindruck aufdrängt, dass entscheidende Sequenzen aus den Videos geschnitten wurden, weil die vermeintlich Geschädigten möglicherweise ihr eigenes strafrechtlich relevantes Verhalten zu vertuschen versuchen. Die deutschen Gerichte brauchen in den Verfahren den mündlichen Beweis, also braucht es Zeugen. Stellen sich Zeugen nicht zur Verfügung, wird die strafrechtliche Aufarbeitung schwergemacht. Das wissen auch die Grünen. Stellen sie doch sogar den amtierenden Justizsenator, Herrn Steffen. Das im Wahlprogramm dokumentierte Misstrauen gegen den Rechtsstaat und die Polizei Hamburg ist also entweder hausgemacht, oder geheuchelt.

Die Grünen:

Auch in der Polizei müssen wir die Strukturen verändern, um eine offene Fehlerkultur zu stärken. Dafür sollen die polizeilichen Strukturen durchlässiger, dialogorientierter und offener für Kritik werden. Wir haben die Kennzeichnungspflicht von Polizist*innen im geschlossenen Einsatz auf zunächst zwei Jahre begrenzt eingeführt. Wir sind davon überzeugt, dass diese Regelung grundsätzlich sinnvoll ist und daher verstetigt werden muss.

Dazu die GdP Hamburg:

Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung in Deutschland haben wir verkündet, dass wir als GdP diese Rechtsprechung akzeptieren und unsere Gegenwehr gegen die Einführung der Kennzeichnungspflicht ruhen lassen. Wir verstehen Polizei als Teil der Gesellschaft und respektieren selbstverständlich höchstrichterliche Rechtsprechung. Die Polizei ist kein Staat im Staat. Das Ergebnis einer Evaluation jedoch so vorwegzunehmen und sie sinnlos zu machen, ist ein



BÜRGERSCHAFTSWAHL 2020

Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen und auch der Gewerkschaften. Uns wurde eine ergebnisoffene Evaluation zugesagt. Ein klarer Vertrauensbruch durch die Grünen. So kann man nicht miteinander arbeiten.

Die Grünen zur Freigabe von Cannabis:

Hamburg als vielfältige Großstadt braucht clevere und differenzierte Antworten auf alle Fragen der öffentlichen Sicherheit, die nicht allein von der Polizei kommen dürfen. Sozialarbeit, Suchtberatung und Bildung tragen häufig mehr zu unserer Sicherheit bei als eine „Law-and-order-Politik“. Wollen wir der Kriminalität den Nährboden entziehen, müssen wir auch die Zusammenhänge zwischen Kriminalität und gesellschaftlichen Missständen angehen und gegen Perspektivlosigkeit und Armut ankämpfen. Beispielsweise wollen wir durch Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums der gesellschaftlichen Realität gerecht werden, damit sich der Fokus der Polizei auf die Bekämpfung der harten Drogenkriminalität verlegen kann.

Dazu die GdP:

Die Cannabis-Legalisierung würde das gesellschaftliche Problem des Drogenmissbrauchs weiter verschärfen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bekräftigt ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Legalisierung des Cannabiskonsums auch in Hamburg.

„Ein Legalisieren von Cannabis suggeriert, dass der Konsum gar nicht so gefährlich ist. Angesichts der schwerwiegenden Folgen des regelmäßigen Cannabiskonsums vor allem bei jungen Menschen, würde mit einer Freigabe ein zu hohes Risiko in Kauf genommen“, betonte Horst Niens, GdP-Landesvorsitzender, angesichts des Wahlprogramms der Grünen in Hamburg.

Es ist ein Irrglaube, dass die Legalisierung eines verbotenen Stoffes die damit in Verbindung stehende Kriminalität reduziert. Die Debatte um das Mindestalter für legalen Cannabiskonsum z. B. in Kanada zeigt deutlich, dass dort weiterhin die Gefahren für kriminelle Aktivitäten von Dealern und florierende Schwarzmärkte

gesehen werden. Eine Entlastung der Polizei als ein Hauptargument der Legalisierungsbefürworter finde also nicht statt.

Nicht das Entkriminalisieren einer weiteren Droge ist nach unserer Sicht der richtige Weg, sondern deutlich intensivere Präventionsbemühungen bei legalen Drogen wie Alkohol und Tabak. Ebenso sei es notwendig, den Missbrauch von Medikamenten oder anderen frei zugänglichen Stoffen genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Polizei Hamburg hat dies erkannt und hat insbesondere im Bereich der Überwachung des Straßenverkehrs viele Kolleginnen und Kollegen fortgebildet. SFT ist das Stichwort. Wir empfehlen den Grünen, eine DIS-Woche zu verfolgen, die in Hamburg seit Jahren erfolgreich veranstaltet wird. Neben Eindrücken, wie professionell und sorgfältig die Kolleginnen und Kollegen arbeiten, können die geeigneten Politiker sich auch ein Bild von den Folgen des Drogenkonsums im Straßenverkehr machen.

Gravierende Gefahren

Alkohol ist nach Expertenmeinung neben seinen gesundheitsschädigenden Eigenschaften oft auch auslösender Faktor von Gewalt- und Sexualkriminalität. Nach Angaben der Hauptstelle für Suchtgefahren und des Bundeskriminalamts werden in Deutschland statistisch gesehen täglich etwa 110 Straftaten unter Alkoholeinfluss begangen. Bei über 27 Prozent aller aufgeklärten Fälle im Bereich der Gewaltkriminalität war Alkohol im Spiel. Insbesondere bei schwerer und gefährlicher Körperverletzung, so das Bundeskriminalamt, präge Alkoholeinfluss die Tatbegehung in erheblichem Umfang. Rund 1,6 Millionen Menschen trinken den Experten zufolge zu viel Alkohol, fast 1,8 Millionen Menschen sind bereits abhängig, 74 000 Menschen jährlich, also pro Tag etwa 203 Personen, sterben an den Folgen ihres Alkoholkonsums, oft noch kombiniert mit dem „Genuss“ von Tabakerzeugnissen.

Dazu die GdP:

Ein absolut zu begrüßender Vorschlag der Grünen. Armut und Perspektivlosigkeit ist u. a. auch in prekären Arbeitsverhältnissen begründet. Wir wissen, dass z. B. Schwarzarbeit

auch in der wirtschaftlichen Situation der illegal Beschäftigten begründet ist. Gewinne streichen die Hintermänner ein.

Hier ist tatsächlich nicht nur die Polizei gefragt. GdP Zoll thematisiert diesen Bereich immer wieder, insbesondere mit der Forderung danach, „der Spur des Geldes zu folgen“ und eine Bundesfinanzpolizei einzurichten. Unterstützung der Grünen haben wir hier zumindest nicht wahrgenommen. Aber es geht ja um Hamburg. Um das Ausnutzen billiger Arbeitskräfte zu unterbinden muss man hinschauen. Gaststätten-Gesetz, Gewerbeordnung und Prostitutionsgesetz sind u. a. Rechtsnormen, die hier Kontrollen ermöglichen und durch die Kontrollen auch präventiven Charakter entfalten. Hier liegen die Zuständigkeiten auch bei den Bezirksämtern und den Außenkontrolleuren. Ein Bereich, der nach unseren Informationen bei Weitem personell nicht gut genug ausgestattet ist, um effektive Kontrollen durchzuführen. Nicht weil die Kolleginnen und Kollegen nicht wollen, sondern weil sie personell nicht können. In diesen Bereichen geht es auch um den sensiblen Bereich des Verbraucherschutzes.

Nun hatten wir kürzlich Bezirkswahlen in Hamburg und haben seither einen deutlich höheren Einfluss der Grünen in den Bezirken. Höhere Anstrengungen in diesem Bereich, auch um Armut als Ursache für Kriminalität zu bekämpfen, konnten wir bisher nicht feststellen. Man muss nicht nur reden, man muss auch handeln. Hier wäre doch eine Chance gewesen.

GdP Hamburg

Anzeige

**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**

Firmenungebundene
Auftragsannahme





Senator Grote zu Gast

„Starterpaket“ für die Außentragehülle



**Gewerkschaft
der Polizei**
Hamburg

Die Einführung der Außentragehülle war ein richtiger Schritt. Jetzt gilt es, das Projekt zu vervollständigen. Die Einführung der Funktionsbekleidung zur ATH würde scheitern, wenn sie vom persönlichen Kleiderkonto finanziert werden müsste. Dieses Problem wurde jetzt in einem Gespräch zwischen Vertretern der GdP Hamburg und Senator Grote thematisiert.

Die GdP Hamburg machte deutlich, dass den Kolleginnen und Kollegen eine Anschaffung der neuen Uniform über ihr Kleiderkonto nicht möglich ist. Senator Grote stand den Argumenten sehr aufgeschlossen gegenüber und zeigte, dass ihm das Thema vertraut ist. Hohe Qualität, um den Kolleginnen und Kollegen die bestmögliche Bekleidung zukommen zu lassen, steht im Vordergrund aller Überlegungen und wird als ein Beleg gelebter Fürsorge verstanden.



Das Bekenntnis zu einer modernen Großstadtpolizei beinhaltet auch, dass die Polizei entsprechend ausgerüstet ist. Daher wurde vorgeschlagen, den Kolleginnen und Kollegen ein „Starter-Paket ATH“ (*Polohemden, Langarmshirt, Unterziehjacke*) zur Verfügung zu stellen, um das Kleiderkonto mit der Erstbestellung nicht zu sprengen.

Senator Grote sagte zu, nach Abschluss der Entwicklungsphase der Funktionsbekleidung diesen Vorschlag wohlwollend zu prüfen.

Wir freuen uns über diese Wertschätzung und werden das Thema weiter eng begleiten.

Eure GdP-Hamburg

Hamburg, 09.01.2020

Gewerkschaft der Polizei,
Landesbezirk Hamburg, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg

www.gdp.de/hamburg



POSITION

Ich möchte mich euch vorstellen

Liebe Seniorinnen und Senioren der Gewerkschaft der Polizei,

Im September letzten Jahres ist unser Kollege Klaus-Peter Leiste als Vorsitzender des FB Senioren zurückgetreten. Im Landesteil der Novemberausgabe der Deutschen Polizei könntet ihr dieses lesen, Klaus-Peter hat sich dort noch einmal von allen Mitgliedern verabschiedet.

Veränderungen in unserem Vorstand

Aus diesem Grunde gab es in der Mitgliederversammlung im September 2019 Nachwahlen, bei denen ihr mir einstimmig als neue Vorsitzende des Fachbereichs der Senioren euer Vertrauen ausgesprochen habt. Als Vertreterin ist Siglinde Stratmann einstimmig gewählt worden, sie wird mich neben Horst Kruse kräftig in der Seniorenarbeit unterstützen.

Als neues Vorstandsmitglied konnten wir den noch „Jungsenior“ Michael Rath gewinnen, der ebenfalls einstimmig gewählt wurde. Michael kommt aus dem Bereich K und wir werden ihn in einer der nächsten Ausgaben der DP noch einmal vorstellen.

Viele Themenfelder für unsere Arbeit

Wir, der gesamte Vorstand des Fachbereichs der Senioren, wollen auch 2020 für unsere Mitglieder da sein. Dazu versuchen wir natürlich weiterhin für unsere Mitgliederversammlungen aus Polizei, Politik und Wirtschaft, verschiedensten Behörden, Ämtern und Institutionen unsere Referenten zu gewinnen.

Themen wie die Arbeit der Polizei, Beihilfe mit ihren Neuerungen und Fallstricken, Vorsorge, Pflege, altersgerechtes Wohnen, Quartiersmanagement, öffentlicher Nahverkehr, um nur einiges zu nennen, werden auf unserer Agenda stehen. Für weitere Anregungen sind wir immer dankbar.

Veranstaltungsangebote

Auch die Freizeit soll nicht zu kurz kommen. Wir werden Betriebs- und

Werksbesuche organisieren und unseren jährlich stattfindenden Tagesausflug planen. Auch hier sind Anregungen willkommen.

Zu vergessen sind nicht die Aktivitäten des Vorstandes beim Bund und dem DGB. Wir wollen beteiligt sein und mitgestalten. Auch sind wir stets für euch da, wenn ihr Fragen zur Beihilfe, Versorgung, Pflege usw. habt. Wir

kümmern uns darum und treten mit euch in Kontakt, geben euch Rat und Unterstützung und einen Wegweiser evtl. auch zur Selbsthilfe.

Ich hoffe auf eure Unterstützung und euer Vertrauen und freue mich, viele von euch auch in den nächsten Mitgliederversammlungen begrüßen zu können.

**Gundula Thiele-Heckel,
Fachbereichsvorsitzende Senioren**

ANKÜNDIGUNG

Mitgliederversammlung

Wir möchten Euch, liebe Mitglieder des Fachbereichs Senioren, zu unserer Mitgliederversammlung

**am Dienstag, dem 11. Februar,
um 15 Uhr**

in das Personalrestaurant des Polizeipräsidiums herzlich einladen. Zu dieser Veranstaltung haben wir erneut den Kollegen Erik Manke vom LKA 55 eingeladen. Betrug ist sein Thema und er hat bereits in der Mitgliederversammlung im September letzten Jahres im Bereich Onlinekriminalität über den Identitätsbe-

trug berichtet. In diesen Fällen geht in der Regel der Diebstahl eines Portemonnaies mit Papieren wie dem BPA voraus, im Anschluss werden die Personendaten dann für Bestellungen im Internet pp. benutzt. Dem Geschädigten ist dieses oft nicht bewusst. Erik wird uns in dieser Veranstaltung einen Fall vorstellen, der ausführlich durch die Medien ging und Fußballfans interessieren wird. Es handelt sich um den FC Bayern und die Verstrickungen von und um Uli Hoeneß.

Wir freuen uns wieder auf eine gut besuchte Veranstaltung.

**Gundula Thiele-Heckel,
Fachbereichsvorsitzende Senioren**

„RLP gewährt

Schichtdienstleistenden bis zu 7 Tage mehr Erholungsurlaub. Auch in Hamburg müssen wir die Belastungen des Schichtdienstes weiter verbessern. Schichtdienst ist Raubbau am Körper. Die Grundlast muss gestärkt werden, damit Regeneration stattfinden kann!“

Lars Osburg , GdP Hamburg



**Gewerkschaft
der Polizei
Hamburg**



Lars Osburg ist im Reviervollzug tätig. Eine klare Aussage.

Foto: GdP



Themen des DGB

Diskutiert vor der Wahl
mit den Parteien

„Reden wir über Hamburgs Zukunft!“ Unter diesem Motto lädt der DGB Hamburg

am Mittwoch,
dem 5. Februar 2020,

ein zur Diskussion mit Spitzenvertreter*innen der Bürgerschaftsparteien. Mit dabei sind Dirk Kienischer (SPD), Katharina Fegebank (GRÜNE), Marcus Weinberg (CDU), Sabine Boeddinghaus (DIE LINKE), Anna Treuenfels-Frowein (FDP). Neben ausreichend Zeit für direkten Dialog ist bei der Veranstaltung auch ein kleines „Rennen“ der Kandidat*innen geplant, bei dem es natürlich um gewerkschaftliche Forderungen geht. Los geht es um 18 Uhr im Musiksaal im Gewerkschaftshaus. Nähere Informationen auf der Homepage des DGB Hamburg.

#GewerkschafterInnenFragen! PolitikerInnenAntworten?

Auf den Sonderseiten des DGB Hamburg zur Bürgerschaftswahl gibt es neben Informationen und Berichten auch die Rubrik GewerkschafterInnenFragen! PolitikerInnenAntworten? Unterschiedlichen Parteienvertreter*innen werden in den sozialen Medien Fragen zu gewerkschaftlichen Forderungen gestellt und die Antworten auf der Homepage veröffentlicht. Reagiert haben zum Beispiel schon Melanie Leonhard (SPD) und Anjes Tjarks (GRÜNE) zu Mobilitäts- und seniorenpolitischen Fragen.

hamburg.dgb.de

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25-j. und 40-j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung.
Tel.: 0 40/28 08 96-17

Anzeige



GBI
Großhamburger
Bestattungsinstitut IV

Jede Reise hat eine Endhaltestelle.

Bestimmen Sie diese selbst. GBI-Bestattungsvorsorge*

Fordern Sie den GBI-Bestattungsvorsorgeordner an – kostenlos.

040 - 24 84 00
www.gbi-hamburg.de

*mit Bankbürgschaft und Preisgarantie auf GBI-Leistungen

GBI HAMBURGER ORIGINAL

NACHRUFE

